



**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,**

ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenauftausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um die Vorhaben, Schwerpunkte und Investitionen im Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 fürs Land Berlin und den Bezirk Lichtenberg, die Bildungsvorhaben, den Fortschritt beim Baum von Ocean Berlin, die Poller in der Regener Straße, den Kampf gegen illegale Autoankaufsschilder sowie um die Freigabe der Straße Am Alten Flugplatz in Karlshorst.

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdA
Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht



Endlich unter Schutz: Berlins Kleingärten, grüne Oasen der Erholung Foto: IMAGO/Westend61

Kleingärten stehen jetzt unter gesetzlichem Schutz

Berlin bekommt ein Schutzgesetz für Kleingärten – Ende jahrelanger Unsicherheit

Berlin zählt rund **70.000**

Kleingärten, davon befinden sich etwa **80 Prozent auf landeseigenem Boden**. Diese Anlagen sind wichtige grüne Oasen und Erholungsorte für die Berlinerinnen und Berliner. In Städten leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Arten- und Biotopschutz und zur Qualität des städtischen Mikroklimas.

Trotz dieser Bedeutung sind Kleingartenflächen über Jahrzehnte hinweg vielfach von Verdrängung bedroht gewesen. Um einen verbindlichen Schutzrahmen zu schaffen, hat die CDU-geführte Koalition jetzt ein Schutzgesetz für Kleingärten auf den Weg gebracht. Die Vorgängerregierung aus SPD, Grünen und Linken haben auch darüber ergebnislos gestritten.

80 %
der rund
70.000
Berliner
Kleingärten
liegen auf
landeseigenem Boden

Dauerhafte Sicherung

Das Gesetz verpflichtet jetzt das Land Berlin, seine Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern. Ein Abbau der Gesamtfläche ist ausgeschlossen. Kommt es in Ausnahmefällen dennoch zu Eingriffen, müssen **gleichwertige Ersatzflächen zeitgleich** zur Verfügung gestellt werden. Zudem sieht das Gesetz Transparenz und Mitbestimmung vor: Entscheidungen über Flächennutzung sollen künftig öffentlich erfolgen und Kleingärtnervereine wie auch das Abgeordnetenhaus einbeziehen.

Erstmaliger Rechtsrahmen

Für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner Berlins ist der Beschluss ein Grund zur

Freude: Zum ersten Mal gibt es einen verbindlichen Rechtsrahmen, der ihre grünen Oasen langfristig sichern soll. Sie blicken gespannt auf die weitere Entwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus, denn nach der Verabschiedung im Senat geht das Gesetz nun in die Beratungen des Parlaments.

Dort freut sich besonders die CDU-Fraktion auf die Beratungen, denn die Fraktion hatte bereits 2014 ähnliche Anträge in das Parlament eingebracht, die damals allerdings mehrheitlich abgelehnt wurden. Jetzt befindet man sich auf der Zielgeraden.

Die gute Botschaft für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bleibt: Sie haben mehr Sicherheit. Das Stadtgrün hat Bestand – heute und für kommende Generationen.

OFFENSIVE

8551

Schulplätze und neun Schulneubauten werden im laufenden Schuljahr neu geschaffen.

Seite 5



INFO — GRAFIK

Flughafen Berlin Brandenburg

Zahlen und Fakten zum BER, dem drittgrößten Flughafenstandort in Deutschland

Seite 3

Wort gehalten! Freie Termine in Berlins Bürgerämtern

100 zusätzliche Stellen, 20 Springer zur schnellen Unterstützung, neue Bürgerämter

„Hey, auf einmal gibt's noch einen freien Termin. Sogar schon heute“, wundert sich Thomas aus Neukölln. Er kann es kaum glauben, wie sich die Terminlage in Berlins Bürgerämtern entspannt hat. Für Thomas und viele andere ist das eine echte Überraschung. Sie kommt ausgerechnet zu Beginn der Reisezeit in den Sommerferien, wenn wegen abgelaufener Ausweise und Pässe besonders viel los ist.

Mehr Mitarbeiter, mehr Online

Tatsächlich hat sich in Berlin in den letzten Monaten einiges getan. So

wurden 100 neue Stellen besetzt, dazu ein Springerpool mit 20 weiteren Kolleginnen und Kollegen zur kurzfristigen Unterstützung geschaffen. Und immer mehr Erledigungen gehen online wie zum Beispiel An- und Ummeldungen.

845 Zusatztermine täglich

Inzwischen gibt es in mehr als 80 Prozent der Fälle (81,4 Prozent) freie Termine innerhalb von zwei Wochen. Vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 58 Prozent. Es ist gelungen, berlinalweit rund 845 zusätzliche Termi-



Der Weg ins Amt mit freien Terminen
Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

ne pro Tag anzubieten. Verglichen mit dem Vorjahr stieg ihre Zahl von durchschnittlich 6262 auf 7101.

Auch die Zahl der Bürgerämter steigt. Nach dem in Spandau ging am 17. Juli das in der Riesaer Straße in Hellersdorf an den Start mit Kurzzeitparkzonen, Karten- und Barzahlung. Zwei weitere sind in den Bezirken Treptow-Köpenick und Pankow angekündigt.

Ende des rot-grün-roten Terminchaos

Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, damit Berlin wieder besser funktioniert. Das freut auch Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU):

„Damit schaffen wir zusätzliche Terminkapazitäten, von denen die Berlinerinnen und Berliner profitieren.“

Noch ist nicht alles geschafft, mit Hochdruck wird weiter an Verbesserungen gearbeitet. Vor allem die Digitalisierung schreitet voran. Schon heute können mehr als 400 Dienstleistungen bequem von zu Hause via Computer erledigt werden.

Auch den Neuköllner Thomas freut's. Sein Ärger aus rot-grün-roten Zeiten gehört damit der Vergangenheit an.

In Belgien ausgeladen, in Berlin gefeiert

Starkes Signal für Toleranz und Freiheit: Der israelische Dirigent Lahav Shani und die Münchner Philharmoniker wurden nach ihrer Ausladung in Belgien eingeladen zu einem Sonderkonzert am Berliner Gendarmenmarkt. Alle 1700 Karten waren blitzschnell ausverkauft, das Konzert wurde angesichts der Umstände als historisch gefeiert.

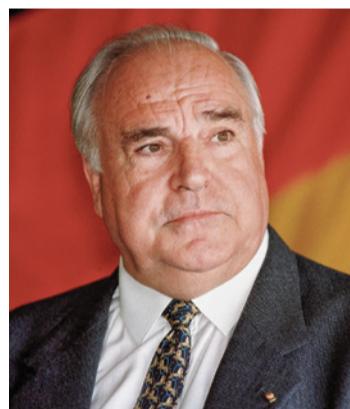


Der israelische Dirigent Lahav Shani

Foto: IMAGO/SEPA.Media

Ehrung für Helmut Kohl

Die Hofjägerallee im Tiergarten soll nach dem Kanzler der Einheit Helmut Kohl umbenannt werden. Diesen Vorschlag machte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner zum 35. Jahrestag der Wiedervereinigung. Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich immer wieder für eine solche Würdigung eingesetzt (klartext berichtete).



Helmut Kohl

Foto: IMAGO/photothek

Mehr Schutz und Sicherheit für Berlin

Mehr Videoschutz, stärkere Polizei, Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt



Kriminellen vergeht das Lachen, Berlin wird endlich sicherer. Mit dem neuen Polizeigesetz möchte die CDU geführte Koalition der Berliner Polizei die zeitgemäßen Instrumente zur Verbrechensbekämpfung und -aufklärung an die Hand geben.

Mit mehr Videoschutz, mit einer stärkeren Polizei und entschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Terror, organisierter Kriminalität und häuslicher Gewalt.

Sicherheit für alle

Im öffentlichen Nahverkehr wird die Speicherdauer von Videodaten auf 72 Stunden erweitert. An kriminalitätsbelasteten Orten wie dem Alexanderplatz, dem Kottbusser Tor und der Hermannstraße soll der Videoschutz ausge-

baut werden. Notrufe werden künftig nicht nur verpflichtend aufgezeichnet, sondern erstmals mit **Standortdaten** verknüpft – für **schnellere Hilfe** und eine präzisere Aufenthaltsermittlung.

Auch die Sicherheit bei Veranstaltungen und in sensiblen Behördenbereichen wird erhöht. Dafür werden weitere Zuverlässigkeitssprüfungen bei Behörden mit Sicherheits- und Vollzugsaufgaben, Justizbehörden und Gerichten eingeführt. Die Gefährderansprachen sollen ausgedehnt werden.

Terrorabwehr und Bekämpfung von Organisierter Kriminalität

Neue Möglichkeiten erhält die Polizei auch bei der Bekämpfung von Terror und

Mehr Videoschutz für die Sicherheit der Berliner

Foto: CDU-Fraktion/ Patrick Liesener

Organisierter Kriminalität. Dazu zählen moderne Instrumente wie der Einsatz und die Abwehr von Drohnen, die **Quellen-Telekommunikationsüberwachung**, **Online-Durchsuchungen** und der Zugriff auf Bestands-, Verkehrs- und Nutzungsdaten. Auch die **Unterbrechung von Täterkommunikation** – etwa zur Verhinderung von Anschlägen – wird rechtssicher möglich.

Die **biometrische Fahndung** soll ebenso wie der Datenabgleich zwischen Behörden und die **automatisierte Analyse** bislang unverbundener Dateien ermöglicht werden. Maßnahmen wie die **elektronische Fußfessel** und nutzungsbeschränkende Regelungen an gefährdeten Objekten runden das neue Polizeirecht ab.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Weitere Verbesserungen soll es nach dem Willen der Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus für die Betroffenen von häuslicher Gewalt geben.

Das **Betretungsverbot** für Täter wird von 14 auf 28 Tage verlängert. In Hochrisikofällen kann zusätzlich eine **elektronische Fußfessel** für die Täter angeordnet werden. Gefährdete Personen sollen künftig eine **elektronische Sicherheitsmitteilung** erhalten, wenn eine konkrete Gefährdung vorliegt.

Zudem wird der **Opferschutz** verbessert und ermöglicht, dass neue Identitäts- und Aufenthaltsdaten der gefährdeten Personen unter Verschluss bleiben. Die **Krisenintervention** durch Beratungs- und Vermittlungsstellen zum Zwecke der **Gewaltprävention** und **Fallkonferenzen** mit Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Familiengericht und Schule werden gesetzlich geregelt.

Schutz unserer Polizei

Schon mit der ersten Polizeirechtsnovelle und der Einführung des Tasers und der Ausweitung der Bodycam hatte die Koalition Schritte unternommen, um die Berliner Polizei zu stärken.

Nun wird nachgelegt: Künftig sollen körperliche Untersuchungen per richterlicher Anordnung bei Personen möglich sein, wenn sie nach einem Einsatz eine Ansteckungsgefahr für Einsatzkräfte dargestellt haben. Denn bei rechtzeitigem Erkennen können medizinische Maßnahmen vor einer Ansteckung schützen.

Außerdem wird der finale Rettungsschuss geregelt. Was strafrechtlich längst als Nothilfe gilt, wird nun auch rechtlich klar gefasst.

Künstliche Intelligenz: Berliner Start-ups weiter im Aufwind

Neues Wachstum, neue Techniken, neue Geschäftsideen

Zalando, HelloFresh, Lieferrando – diese drei bekannten Unternehmen gehören zu den erfolgreichsten Start-ups aus Berlin. Die Gründerbranche bleibt spannend und im Aufwind – auch dank neuer Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz (KI).

So scheint die kurze Krise nach dem Ende des Corona-Booms überwunden. Laut Start-up-Verband wurden in der deutschen Hauptstadt im ersten Halbjahr 248 Wachstumsfirmen gegründet, 15 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

Berlin liegt klar vorn

Damit steht Berlin im Ländervergleich auf dem hervorragenden dritten Platz nach

Bayern mit 343 Neugründungen und Nordrhein-Westfalen mit 281. Wenn jedoch nach Einwohnerzahlen gerechnet wird, liegt Berlin mit 6,7 neuen Start-ups je 100.000 Einwohner auf dem Spitzenplatz, gefolgt von Hamburg (4,5) und Bayern (2,6).

Ein ermutigende Erfolgsbilanz. Sie entspricht dem, was die CDU-Fraktion Berlin 2023 formuliert hatte: „Unser Ziel ist es, Berlin zu Europas Start-up- und Gründungshauptstadt zu machen.“

Für neuen Schub sorgen insbesondere neue Techniken wie KI. Bundesweit nutzen schon mehr als 500 Firmen die neuen Möglichkeiten.

So wie etwa die Berliner Tüftler von „Frequenz“: Mit ihren Algorithmen behalten

Deutscher Spitzenplatz:

6,7

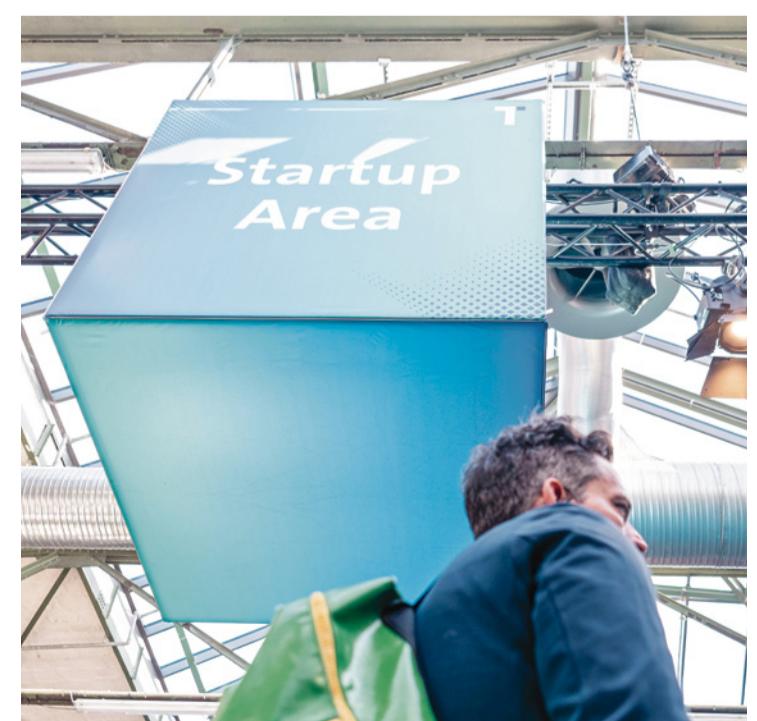
neue Start-ups je 100.000 Einwohner in Berlin

sie Strompreise, Stromverbrauch oder den Einsatz von Stromspeichern im Blick. Ihre Prognosen können Unternehmen helfen, Energie zu sparen.

Schnellere Hilfe und Antworten

Oder die Gründer von „Taktile“: Deren KI-basierte Software erleichtert es Banken und Versicherungen, Kundenanfragen, etwa nach Krediten, leichter zu beantworten. Weniger lange Warteschleifen bei Anrufern in Callcentern verspricht die Neuentwicklung von „Parloa“: schnellere Hilfe durch Spracherkennung in automatisierten Gesprächen.

Berlins neuer Start-up-Boom – ein wichtiger Eckpfeiler unserer Wirtschaft.



Berlin bleibt Hauptstadt der Start-ups Foto: IMAGO/Eventpress

25 Millionen Fluggäste am BER

Flughafen Berlin Brandenburg: Zahlen und Fakten zum BER

Der Flughafen Berlin Brandenburg trägt den IATA-Code BER und ging im Oktober 2020 in Betrieb. Zuvor wurde der ehemalige Flughafen Schönefeld um 970 Hektar auf eine Fläche von insgesamt 1.470 Hektar ausgebaut. Berlin ist der drittgrößte Flughafenstandort in Deutschland – gemessen an den ankommenden und

abfliegenden Passagieren (ohne Umsteiger) sogar der größte. Die Terminals T1 und T2 befinden sich zwischen zwei parallel angelegten Start- und Landebahnen. Der sechsgleisige Bahnhof mit drei Bahnsteigen direkt unter dem Terminal 1 ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen großen deutschen Flughäfen.

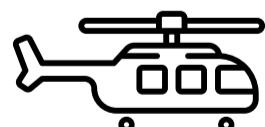


Passagieranzahl

Im letzten Jahr kam der BER auf 25,47 Millionen Fluggäste, eine Steigerung um rund 10,4 Prozent gegenüber 2023 mit 23,07 Millionen Passagieren. Am 27. September 2024 reisten 99.579 Passagiere über den BER, mehr als je zuvor an einem Tag. Der verkehrsreichste Tag des Jahres 2024 bei Ostbetrieb (Ostwind) war der 18. Oktober mit 707 Flügen und bei Westbetrieb (Westwind) der 15. Juli mit 699 Flügen.

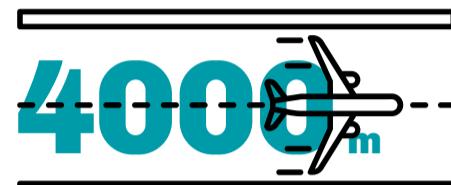


Im Sommerflugplan 2025 verbinden mehr als **70 Airlines** den BER direkt mit **150 Zielen in 50 Ländern**. Zu den Top-Reiseländern gehören Spanien, Griechenland, Frankreich und die Türkei, mit Mallorca als beliebtestem Urlaubsziel.



Schnellere Entlastung durch früheren Umzug

Auf Initiative der CDU-Fraktion wird die **Hubschrauberstaffel der Bundeswehr** mit jährlich mehreren hundert Flügen vom geschlossenen Flughafen Tegel zum BER um mehrere Jahre von 2029 auf Anfang 2026 vorgezogen. So werden in Tegel zusätzliche Lärmbelastungen für die Anwohner vermieden und die weitere Entwicklung und die Nutzung des dort entstehenden neuen Quartiers nicht behindert.

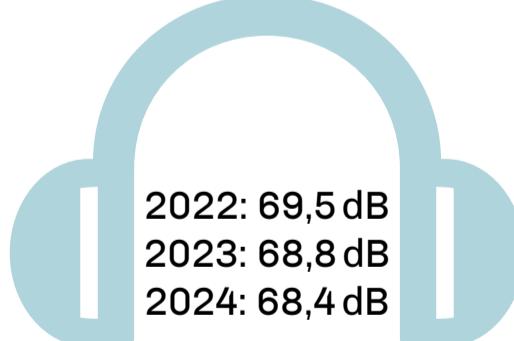


Start- & Landebahnen

Der BER hat zwei parallel angelegte Start- und Landebahnen, die aufgrund des seitlichen Abstandes von 1900 Metern unabhängig voneinander betrieben werden können. Die nördliche Start- und Landebahn ist 3600 Meter lang, die südliche Start- und Landebahn ist 4000 Meter lang und 60 Meter breit.

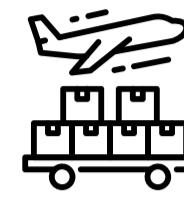


am BER gab es in 2024 insgesamt. Die Zahl der Flüge nahm um etwa 15.000 oder 8 Prozent zu im Vergleich zum Vorjahr. Die Auslastung der Flugzeuge erreichte mit **133 Reisenden pro Flugzeug** einen neuen Rekordwert.



Aktiver Lärmschutz durch Steilstarts und moderne Flugzeuge

Die **mittleren Maximalpegel bei Starts sinken** dank gestiegenem Anteil (25 %) an Flugzeugen der neuesten Generation, leiseren Steilstartverfahren und lärmabhängigen Entgelten für Airlines. Der Lärm jedes einzelnen Fluges wird durch 31 stationäre und zwei mobile Messstellen verfolgt und ausgewertet. Die Messwerte sind in Echtzeit bei TraVis BER abrufbar.



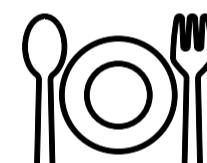
Rekordwert bei der Luftfracht

Mit **44.300 Tonnen** wurde 30 Prozent mehr Fracht in 2024 ab und zum BER befördert als im Vorjahr – bei über das Jahr stabilen Zahlen.



Ausgezeichnete Verbesserung

Der BER ist zu Beginn dieses Jahres von der renommierten Rating-Agentur Skytrax als **Vier-Sterne-Flughafen** und im Frühling 2025 für Verbesserungen bei Aufenthaltsqualität, Serviceangebot und Abfertigung mit dem Titel „**World's Most Improved Airport**“ ausgezeichnet worden. Inzwischen dauert es bei 98 Prozent aller Ankünfte nicht länger als 30 Minuten, bis alle Passagiere ihre Koffer entgegennehmen können.

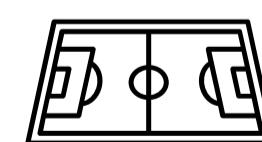


Vielfältiges Angebot

Im Geschäftsjahr 2024 betrug der **Umsatz im Bereich Gastronomie, Einzelhandel und Service 101,9 Mio. Euro** bei über 125 Shops, Gastronomie und Serviceeinrichtungen.



Über 20.000 Menschen arbeiten am BER



Die Fläche des Flughafens beträgt 1470 Hektar und entspricht ca. 2000 Fußballfeldern



Mitarbeiter beschäftigte die Flughafengesellschaft zum 31.12.2024

Prävention statt Isolation: Berlin setzt auf Hausbesuche im Alter

Großer Erfolg und hohe Nachfrage bei der Bekämpfung von Einsamkeit

Älterwerden bedeutet nicht automatisch, auf Selbstständigkeit verzichten zu müssen. Doch mit dem Alter wachsen Unsicherheiten: Wer hilft im Pflegefall? Welche Freizeitangebote gibt es im Kiez? Wie lässt sich trotz körperlicher Einschränkungen der Alltag gestalten? Antworten auf diese Fragen liefert das Projekt „**Berliner Hausbesuche**“ – ein Angebot, das inzwischen in allen zwölf Bezirken fest verankert ist und tausende Seniorinnen und Senioren erreicht hat.

Vom Pilotprojekt zum berlinweiten Modell

Gestartet war das Projekt 2021 zunächst in zwei Bezirken. Die Idee: Berlinerinnen und Berliner ab 70 Jahren erhalten per Brief ein kostenfreies Angebot für einen Hausbesuch. Geschulte **Lotsinnen und Lotsen des Malteser Hilfsdienstes** besuchen die Menschen in ihrer Wohnung, hören zu und beraten individuell. Das Themenspektrum reicht von Gesundheit und Pflege



über altersgerechtes Wohnen bis hin zu Freizeit- und Kulturnangeln vor Ort.

Das Besondere: Die Gespräche finden im häuslichen Umfeld statt, in vertrauter Atmosphäre. So entsteht Raum, um Sorgen anzusprechen, Fragen zu klären und konkrete Hilfen zu vermitteln. 2024 wurde das Modell auf Initiative der CDU-Fraktion auf ganz Berlin ausgeweitet.

Bereits 5000 Seniorinnen und Senioren erreicht

Dass der Bedarf groß ist, zeigen die Zahlen: Rund 5000

Berlinerinnen und Berliner haben das Angebot seit dem Start wahrgenommen. Besonders nachgefragt werden Informationen zu Pflegestützpunkten, Alltagsunterstützung, Begegnungsstätten und Freizeitangeboten. Auch Themen wie finanzielle Belastungen, Barrieren im öffentlichen Raum oder die Sorge um soziale Isolation werden immer wieder angesprochen.

Die Berliner Hausbesuche schließen eine entscheidende Lücke. Es gibt viele gute Angebote für ältere Menschen in Berlin. Aber oft ist die Orientierung schwer. Die Lotsinnen

Pilotprojekt macht Schule: Rat und Hilfe für reifere Berliner
Foto: istock/
Jacob Wackerhausen

und Lotsen der Malteser helfen dabei, gezielt das zu finden, was individuell passt.

Eine Geschichte aus dem Alltag

Wie wertvoll der persönliche Austausch sein kann, zeigt das Beispiel von Marianne, 78 alt. Sie lebt seit dem Tod ihres Mannes allein in einer Altbauwohnung im dritten Stock. „Ich wusste gar nicht, wo ich anfangen soll, als mir die Treppen immer schwerer fielen“, erzählt sie. Der Flyer zu den Berliner Hausbesuchen kam für sie im richtigen Moment.

Beim Termin erfuhr sie von einer Nachbarschaftsinitiative, die Einkaufshilfen anbietet, und bekam Kontakt zu einer Freizeitgruppe für ältere Frauen im Kiez. „Plötzlich habe ich wieder feste Termine in der Woche und Leute, mit denen ich reden kann“, sagt sie. „Ohne den Besuch hätte ich davon nie erfahren.“

Ihre Geschichte ist kein Einzelfall – viele Seniorin-

nen und Senioren berichten, dass sie durch den Hausbesuch erstmals Zugang zu passenden Angeboten fanden und sich weniger isoliert fühlen.

Bedeutung für die Zukunft der Seniorenpolitik

Die Berliner Hausbesuche gelten inzwischen als ein **bundesweit beachtetes Vorzeigeprojekt**. Anders als viele klassische Programme setzt das Angebot nicht erst dann an, wenn Pflegebedürftigkeit bereits besteht, sondern arbeitet präventiv. Ziel ist es, Lebensqualität und Selbstständigkeit im Alter so lange wie möglich zu erhalten.

Mit der Ausweitung der Hausbesuche hat der Senat von Kai Wegner einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, präventiven Seniorenpolitik gemacht – und ein Modell geschaffen, das auch über die Stadtgrenzen hinaus Schule machen könnte.

Lang erwartet! Feierliche Eröffnung der A 100

CDU-Fraktion für mehr Tempo bei Sanierung der Elsenbrücke und weiteren Ausbau

Weniger Verkehr in Wohnkiezen, schnellere Verbindung zu Gewerbegebieten und zum Flughafen BER. Die Eröffnung des neuen Teilabschnitts der A 100 zwischen Neukölln und Treptow ist ein erster wichtiger Schritt zur künftigen Entlastung der Anwohnerstraßen in Bezirken wie Neukölln, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg, finanziert hauptsächlich durch Bundesmittel.

Viele Auto- und Motorradfahrer wollten Ende August

den lang erwarteten Start der neuen Schnellstraße miterleben: „Ein gutes Gefühl, frei fahren zu können.“

Weiterer Ausbau sinnvoll

Doch es bleibt noch viel zu tun. Dass der Ersatzneubau der Elsenbrücke noch nicht fertig ist, liegt an der verschleppten Planung durch die Verkehrssenatorinnen der Vorgängerregierungen. Um die aktuelle Situation zu

entspannen, unterstützt die CDU-Fraktion die Aktivitäten der Senatorin Ute Bonde (CDU), die u.a. eine weitere Fahrspur Richtung Nordosten einrichten wird und eine Änderung der Ampelschaltung vornimmt. Damit wird sich der Rückstau erheblich reduzieren und die Busse zügiger vorankommen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist zudem der weitere Ausbau der Stadtautobahn bis Storkower Straße (Abschnitt 17) dringend erforderlich. Erst mit ihm werden alle Vorteile der neuen Verbindung voll zum Tragen kommen. Deutlich weniger Verkehrsbelastung in Wohngebieten und ein schnellerer und effizienterer Wirtschaftsverkehr wird hierdurch erwartet.

„Herausragende Bedeutung“

Die Vorteile des Vorhabens unterstreicht auch die Berliner Wirtschaft. „Dieses Projekt ist für den Wirtschaftsverkehr in Berlin von herausragender Bedeutung“, heißt es vonseiten der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB). Weitere Experten stimmen zu. Denn eine Millionenmetropole wie Berlin lässt sich nun mal nicht allein mit Lastenfahrrädern versorgen.



Der neue Teilabschnitt der A 100 ist endlich fertig
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Rettung für Berlins überlastete Retter

Neues Gesetz sorgt mit neuen Regelungen und Zuständigkeiten für Entlastung



Neues Gesetz sichert schnelle Rettung in Berlin Foto: IMAGO/Future Image

Bei einer Rettung zählt jede Minute. Einsatzkräfte sollen in Berlin schneller vor Ort sein, echte Notfälle bekommen Priorität. Dazu hat der CDU-geführte Senat ein neues Rettungsdienstgesetz beschlossen.

Was sich jetzt ändern soll: Kernaufgaben der Notfallrettung übernimmt die Feuerwehr. Ganz oben stehen Reanimation, Herzinfarkt und Schlaganfall (Kategorie 1). Um Bagatellfälle wie etwa Fieber sollen sich andere Einrichtungen kümmern. Medizinisch nicht notwendige Krankentransporte sollen Privatfirmen (neue Rufnummer: 19222) erledigen.

Rund
0,5 Mio.
Notrufe
gab es im
Jahr 2023

Zusätzlich soll der Datenaustausch von Notaufnahmen, Rettungsdienst und Rechtsmedizin verbessert werden. Mehr Erste-Hilfe-Kurse sollen dazu beitragen, dass mehr Berliner im Notfall einspringen und Berlins Rettungskräfte entlasten können.

493.728 Notrufe im Jahr

Die Zahl der Alarmierungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen: auf rund eine halbe Million im Jahr 2023. Eine Neuorganisation des Rettungsdienstes war daher dringend erforderlich.



Bildung sichert Chancen für alle Kinder

Starke Schulen und Familien im Blick

Zum Start des neuen Schuljahres rückt die Berliner CDU-Fraktion mit dem Koalitionspartner SPD und der CDU-geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zentrale Vorhaben in den Vordergrund. Ziel ist es, Schulen zu entlasten, die Qualität des Unterrichts zu steigern und allen jungen Menschen bessere Perspektiven zu eröffnen. „Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Zukunftschancen. Ich danke allen Lehr- und pädagogischen Fachkräften, den Erzieherinnen und Erziehern, den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, dem Senat und dem Verwaltungspersonal, den vielen engagierten Eltern und Ehrenamtlichen sowie meinen Kolleginnen und Kollegen auf der Bezirks- und Landesebene. Gemeinsam sorgen wir dafür, jedes Kind in Berlin und Lichtenberg die besten Voraussetzungen für seinen Lebensweg erhält“, betont die Lichtenberger Abgeordnete Lilia Usik (CDU-Fraktion Berlin).

Berufsorientierung wird gestärkt

Mit dem Schuljahr 2025/26 wurde erstmals ein 11. Pflichtschuljahr eingeführt. Es richtet sich an Jugendliche, die nach der 10. Klasse noch keine klare Anschlussperspektive haben. Neu ist zudem der Bildungsgang „IBA Praxis“ an 15 Oberstufenzentren mit 900 Plätzen, der schulischen Unterricht mit Praktika kombiniert. Zusätzlich werden Betriebspraktika in Klasse 9 und 10 verpflichtend, und das Fach Wirtschafts-Arbeit-Technik wird ausgebaut.

Mehr Plätze, mehr Lehrkräfte

Berlin wächst – und mit ihm der Bedarf an Schulplätzen. Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive entstehen zum neuen Schuljahr über 8500 zusätzliche Plätze, davon 725 in Lichtenberg. Parallel wird die Verbeamung der Lehrkräfte bis Ende 2025 abge-

Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Zukunftschancen. Wir wollen, dass jedes Kind in Berlin und Lichtenberg die besten Voraussetzungen für seinen Lebensweg erhält.

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



Mehr Schulplätze und starke Förderung sichern Chancen für Lichtenbergs Kinder Foto: Lilia Usik

schlossen. Gleichzeitig starten über 1600 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie rund 1500 Referendarinnen und Referendare in den Schuldienst.

Digitalisierung und Ganztag

Auch in Sachen Qualität und Innovation geht es voran: Das Startchancen-Programm bringt 460 Millionen Euro für Schulen in herausfordernden Lagen, die Digitalisierung wird flächendeckend ausgebaut und mit dem Flex-Ganztag ein neues Modell erprobt.

Frühe Förderung und starke Familien

Neben Schulen profitieren auch Kinder, Jugendliche und Familien direkt. Das geplante Kita-Chancenjahr ermöglicht allen Kindern ab drei Jahren Sprachförderung und frühe Bildung.

Pflegeeltern erhalten einen Startbonus von 924 Euro monatlich, und in 50 Kitas wird die Kitasozialarbeit gesichert. Zudem werden Jugendämter mit spezialisierten Teams für die Jugendgewaltprävention gestärkt.

Berliner Schulbauoffensive geht voran

Abgeordnete Usik betont: „Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive werden aktuell Schulen in ganz Lichtenberg gebaut – von Karlshorst über Rummelsburg, Lichtenberg Mitte, Alt- und Neu-Hohenschönhausen. Wir verfolgen das Ziel: mehr Plätze, bessere Betreuung, starke Förderung und klare Perspektiven. Berlin soll ein Ort bleiben, an dem junge Familien gerne leben – mit guter Bildung, kurzen Wegen und einem starken Gemeinwesen. Darum investieren wir konsequent in Bildung, Jugend und Familie.“

Baustellenführungen für „Ocean Berlin“ starteten im September 2025

Zukunftsprojekt in der Rummelsburger Bucht öffnet seit September erstmals seine Türen

Das Großprojekt „Ocean Berlin“ in der Rummelsburger Bucht kommt planmäßig voran. Seit dem 13. September 2025 bietet Coral World erstmals öffentliche Baustellenführungen an – sowohl allgemeine Touren für Interessierte als auch Fachführungen für Architekten, Ingenieure und Planungsbeteiligte. Anmeldungen sind über die Projekt-Website möglich, die Bestätigung erfolgt seit August.

Aktuell werden bis zu 40 Zentimeter dicke Acrylscheiben im ersten



Seit September 2025 sind erste Baustellenführungen für „Ocean Berlin“ möglich Foto: Lilia Usik

Obergeschoss eingesetzt, die später die Aquarien umschließen. Der Einbau sollte bis Ende August abgeschlossen sein. Die Fundamentplatte des Gebäudes ruht auf 480 Betonpfählen, die bis zu 32 Meter in den Boden reichen. Nach Fertigstellung im April 2026 wird „Ocean Berlin“ rund 35.000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche umfassen, darunter ein Hotel mit 167 Zimmern sowie Flächen für Ausstellungen, Bildungsangebote und Gastronomie.



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Nachbarinnen und Nachbarn, ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um die Vorhaben, Schwerpunkte und Investitionen im Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 fürs Land Berlin und den Bezirk Lichtenberg, die Bildungsvorhaben, den Fortschritt beim Baum von Ocean Berlin, die Poller in der Regener Straße, den Kampf gegen illegale Autoankaufsschilder sowie um die Freigabe der Straße Am Alten Flugplatz in Karlshorst.

Kiez-Newsletter abonnieren

Gerne möchte ich Ihnen wie gewohnt unseren kostenlosen Newsletter ans Herz legen, falls Sie ihn noch nicht bereits abonniert haben. Dort informieren wir als Newsletter-Team zweimal monatlich am ersten und dritten Freitag im Monat über die ortsbezogenen Themen und Veranstaltungen in Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg. Am häufigsten stehen Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung und Kultur im Fokus.

Unter folgenden Links können Sie sich innerhalb von einer Minute dafür anmelden:

www.unser-karlshorst.de
für Karlshorst
www.unser-friedrichsfelde.de
für Friedrichsfelde
www.unser-rummelsburg.de
für Rummelsburg

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdA
Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht



Lästige Auto-ankauf-Schilder an Laternen und Zäunen sorgen für Ärger

Seit vielen Monaten fallen der Nachbarschaft die unerlaubt an Laternen angebrachten Autoankauf-Schilder negativ auf. Das Bezirksamt teilte der CDU-Abgeordneten Lilia Usik auf Nachfrage mit, dass eine vom Straßen- und Grünflächenamt beauftragte Firma mit deren Entfernung beauftragt wurde. Dennoch hängen die problematischen Schilder weiterhin unverändert an Ort und Stelle, was verständlicherweise für Unmut sorgt. Usik hat nun den Senat angefragt, was für Maßnahmen er gemeinsam mit dem Bezirk zu ergreifen plant, um diesem Problem zeitnah und konsequenter nachzugehen.



Illegal Autoankauf-Schilder an Laternen sollen entfernt werden Foto: Lilia Usik

Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“

Seit Beginn der Bauarbeiten am neuen Wohnquartier „Gartenstadt Karlshorst“ ist die Straße „Am Alten Flugplatz“ in Karlshorst gesperrt. Dies führte zu einer Umleitung der Verkehrsströme in der südlichen Köpenicker Allee – mit suboptimalen Folgen: In der benachbarten Kleingartenanlage haben das Verkehrsaufkommen und die damit einhergehende Lärmbelastung deutlich zugenommen. Die CDU-Abgeordnete Lilia Usik hat daher bei der Firma „Bonava“ bezüglich der Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“ nachgefragt. Ihr wurde mitgeteilt, dass das Bezirksamt den Freigabeprozess nach dem Sommer 2025 formal einleiten soll. Die Erschließungsarbeiten für Wasser, Abwasser, Strom und weitere Leitungen seien weitgehend abgeschlossen. Noch in diesem Jahr ist die Vergabe der Bauleistungen vorgesehen; zudem sollen erste vorbereitende Straßenbauarbeiten beginnen. Der Großteil der Arbeiten wird sich jedoch auf das Jahr 2026 erstrecken – mit dem Ziel, die Straße Mitte 2026 wieder für Anlieger und das angrenzende Gewerbegebiet zu öffnen.



Viele Nachbarn haben Interesse an der Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“ in Karlshorst Foto: Lilia Usik

Bezirkshaushalt in Lichtenberg ist eingebroacht

1,2 Milliarden Euro pro Jahr werden verteilt

Bezirk setzt Schwerpunkte für 2026/2027

Im Juli 2025 wurde der Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 im Bezirk Lichtenberg eingebroacht. Mit einem Gesamtvolumen von rund 1,2 Milliarden Euro jährlich stehen dem Bezirk deutlich mehr Mittel zur Verfügung als in allen Vorjahren. Dennoch bleibt die finanzielle Lage angespannt, da nicht alle Bereiche gleichermaßen von den zusätzlichen Mitteln profitieren. Der Entwurf bildet die Grundlage für die bezirkliche Verwaltungsarbeit der kommenden zwei Jahre.

Mehr Geld, aber es reicht nicht für alles

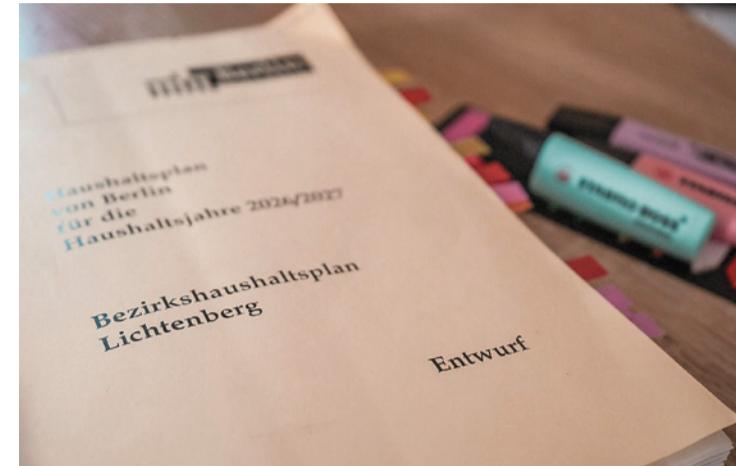
Trotz des gewachsenen Haushalts sind Einsparungen notwendig. Betroffen sind unter anderem die Unterhaltung von Straßen und Wegen, die Ausstattung im IT-Bereich sowie die Pflege öffentlicher Grünflächen. Gleichzeitig gelingt es, das Leistungsniveau in zentralen Bereichen zu sichern. Angebote in der sozialen Infrastruktur, der Familiенförderung, der Jugendhilfe sowie in kulturellen und bildungsbezogenen Einrichtungen bleiben erhalten.

Neue Projekte für den Bezirk

CDU-Abgeordnete Lilia Usik zeigt sich erfreut und dankbar über die Arbeit ihrer Kollegen und Kolleginnen.

Der Haushalt ist ein wichtiger Kompass für die kommenden zwei Jahre. Er zeigt, wie wir trotz knapper Ressourcen in die Zukunft investieren und die Lebensqualität im Bezirk sichern. Auf Landesebene finden weiterhin Haushaltsverhandlungen statt – es gilt, wichtige Weichen zu stellen, damit Berlin noch lebens- und liebenswerter wird.

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



Lichtenbergs Haushalt wächst auf 1,2 Milliarden Euro

Foto: Sarah Ribbeck

ginnen und Kollegen in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg: „Neben der Sicherung des Status quo werden auch neue Vorhaben umgesetzt. Dazu zählen die Modernisierung von Verwaltungsstandorten, beispielsweise durch ein neues Gesundheitsamt, die Erweiterung von Bildungsangeboten mit einem neuen Standort für die Volkshochschule in Hohenschönhausen und die Erneuerung der Gartenarbeitsschule in Karlshorst. Auch die Schulbauoffensive wird weiter vorangetrieben, mit dem Ziel, dringend benötigte Kapazitäten zu schaffen und die Sicherheit auf Schulwegen zu erhöhen.“

Öffentliche Debatte und Entscheidung

Nunmehr wird der Haushaltsentwurf in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung öffentlich debattiert. Die abschließende Entscheidung über den Haushalt war für Donnerstag, den 18. September, geplant. Wer einen Blick in den Haushalt werfen möchte, findet diesen öffentlich auf den Seiten der BVV: <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/>.

Mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 wird auf Stabilität und zielgerichtete Investitionen gesetzt. Rund 44,4 Milliarden Euro für 2026 und 45,3 Milliarden Euro für 2027 stehen im Landeshaushalt bereit. Davon profitieren auch die Bezirke. Gleichzeitig bleibt die Lage angespannt – steigende Transferausgaben, unter anderem für Hilfen zur Pflege und Eingliederung, engen die Handlungsspielräume erheblich ein.

Prioritäten und Vorhaben für Lichtenberg

Für Lichtenberg bedeutet dies: Die zusätzlichen Mittel ermöglichen zwar Investitionen in Bildung, Verwaltung und Infrastruktur, doch die Mittelverwendung bleibt unter strenger Konsolidierungsvorgabe. Neue Vorhaben wie die Modernisierung von Verwaltungsstandorten oder der Ausbau der Schulkapazitäten passen damit in die gesamtstädtische Strategie. „Es werden klare Prioritäten bei Verkehr, Wohnungsbau, Sicherheit und Bildung gesetzt – Bereiche, die sich im Entwurf des Bezirkshaushalts ebenfalls widerspiegeln. So soll gewährleistet werden, dass trotz angespannter Haushaltsslage die Leistungsfähigkeit unserer Stadt erhalten bleibt und zugleich wichtige Zukunftsprojekte umgesetzt werden“, so Usik abschließend.

Doppelhaushalt 2026/2027 für das Land Berlin

„Der Haushalt ist ein wichtiger Kompass für die kommenden zwei Jahre. Er zeigt, wie wir trotz knapper Ressourcen in die Zukunft investieren und die Lebensqualität im Bezirk sichern. Auf der Landesebene finden die Haushaltsverhandlungen weiterhin statt – da gilt es, wichtige Weichen für Berlin und seine Anwohner zu stellen, damit unsere Hauptstadt noch lebens- und liebenswerter wird“, erklärt Usik.

Polter auf Karlshorster Spielwiese bleiben bestehen

Rot-Rot-Grün in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg verteidigt Begrenzung – Usik kritisiert Einschränkungen für Kinder



Polter auf der Karlshorster Spielwiese sorgen weiter für Unmut bei Familien Foto: Lilia Usik

Die umstrittenen Polter auf der Spielwiese an der Regener Straße in Karlshorst bleiben bestehen – trotz Protesten von Familien und Kritik seitens der CDU-Abgeordneten für Karlshorst Lilia Usik und der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Seit April dürfen Kinder dort nur noch auf einer durch Pfosten abgegrenzten Fläche Ball spielen. Der restliche Teil der Wiese ist zur Blühwiese erklärt. Viele Eltern und Kinder empfinden die Situation als absurd:

Statt freien Bewegungsraums gibt es Stolperfallen, die weder die Natur wirksam schützen, noch kindgerechtes Spielen ermöglichen. „Es kann nicht sein, dass Kinder in unserem Bezirk systematisch vom Spielen abgehalten werden – durch eine Maßnahme, die weder den Kindern noch der Natur zugutekommt“, erklärt Lilia Usik. „In Karlshorst mangelt es an Angeboten für Kinder und Jugendliche und sie noch weiterhin einzuschränken ist für viele Familien in Karlshorst nicht zu gerechtfertigen.“

Haben Sie Themen in Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und der Rummelsburger Bucht? Ihre Abgeordnete Lilia Usik ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lilia Usik, MdA
Marksburgstraße 39, 10318 Berlin-Karlshorst

☎ (030) 75 43 74 60
✉ kontakt@lilia-usik.de
🌐 www.lilia-usik.de

f lilia.usik
g lilia_usik
d lilia_usik

50.000 neue Plätze! Berlins Schulbau bleibt in der Offensive

Milliardenschweres Investitionsvorhaben sorgt für Entlastung in Schulen und Klassen

Mehr Schulräume, kleinere Klassen. Berlins Schulbauoffensive ist und bleibt das größte Investitionsprogramm Berlins. Milliardenschwer und nach aktuellen Ergebnissen äußerst erfolgreich. Unter CDU-Verantwortung wurden die Mittel dafür zuletzt erheblich aufgestockt.

Neues Gymnasium in Marzahn

So werden im Laufe des neuen Schuljahres 2025/2026 insgesamt 8551 zusätzliche Schulplätze geschaffen, davon gut 5700 in neun Schulneubauten. Das sind fünf Grund-, drei Oberschulen sowie ein neues Gymnasium endlich auch in Marzahn-Hellersdorf.

Weitere 2813 Plätze werden durch Erweiterungen bestehender Schulen entstehen.

Zehn weitere Schulneubauten

Für das nächste Schuljahr 2026/2027 sind mindestens

8551

zusätzliche Schulplätze und neun Schulneubauten werden im Laufe des Schuljahres 2025/2026 geschaffen



zehn weitere Schulneubauten in der Planung, dazu kommen weitere Sanierungsmaßnahmen im dreistelligen Bereich.

Die Gesamtbilanz dieses Großprojektes kann sich se-

hen lassen: Rund zusätzliche 50.000 Schulplätze sorgen für Entlastungen von Schulen und Klassen. Das unter Rot-Grün-Rot entstandene Defizit kann nunmehr schrittweise abgebaut werden.

Neue und sanierte Schulen, mehr Plätze für Schüler wie in der Anna-Lindh-Schule

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Bessere Noten für Berlin

Laut „Bildungsmonitor 2025“ des Instituts Neue Soziale Marktwirtschaft hat sich Berlin im Ländervergleich weiter auf Platz 11 verbessert (2023: Rang 15). In rot-grün-roten Zeiten war Deutschlands Hauptstadt bildungspolitisch viel zu lange auf hinteren Plätzen.

IFA bleibt Berlinerin

Die Internationale Funkausstellung (IFA) ist mit mehr als 200.000 Besucher ein Publikumsmagnet. Diese wichtige Messe soll bis 2034 in Berlin bleiben, kündigte IFA-Chef Leif Lindner an. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner freut sich für die Berliner: „Damit bleibt zusammen, was zusammengehört.“



IFA bleibt unter dem Funkturm
Foto: IMAGO/IPON

Sicherheit für alle

Fühl' dich sicher in Berlin.

Mit der Reform des Polizei- und Ordnungsrechts sorgt die CDU-Fraktion für mehr Schutz im Alltag. Endlich darf die Polizei an Kriminalitätsschwerpunkten Videoaufklärung einsetzen. Die Speicherfristen im öffentlichen Nahverkehr verlängern wir auf 72 Stunden.



Schutz vor häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt

Lieben ohne Angst. Wir weiten das maximale Betretungsverbot bei häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt auf 28 Tage aus. Gefährdete Opfer werden per Sicherheitsmitteilung frühzeitig gewarnt, sollte sich der Gewalttäter nähern.



Mehr Schutz und Sicherheit. Für Berlin.

Mehr Videoschutz, stärkere Polizei. Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt.

CDU FRAKTI
ON BERLIN

Terrorabwehr und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Kriminellen vergeht das Lachen. Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Terrorgefahren und die Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Die elektronische Fußfessel kommt.



Schutz für unsere Polizei

Sie sind da, wenn Du sie brauchst: unsere Einsatzkräfte. Mit dem Gesetz passen wir die polizeilichen Befugnisse an die Bedrohungslage an und stärken unserer Polizei den Rücken. Zum Schutz unserer Einsatzkräfte regeln wir den finalen Rettungsschuss.



Schluss mit falschen linken Versprechen – wir schützen die Mieterinnen und Mieter!

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Ein Jahrzehnt linker Wohnungspolitik hat unsere Stadt an den Rand einer Mietenkrise gebracht. Rot-Grün hat blockiert, verzögert, zerreidet – und die Mieterinnen und Mieter im Stich gelassen. Während immer mehr Menschen nach Berlin gezogen sind, haben SPD, Grüne und Linke es verpasst, den dringend nötigen Wohnraum zu schaffen.

Der Tiefpunkt war der sogenannte **Mietendeckel**: verfassungswidrig, wirkungslos, ein Schlag ins Gesicht aller, die auf Entlastung gehofft haben. Kein Euro weniger Miete, aber viel Unsicherheit und Chaos auf dem Wohnungsmarkt. Das ist linke Symbolpolitik – teuer, ideologisch, nutzlos.

Das Ergebnis sehen wir heute: Angebotsmieten, die sich verdoppelt haben. Ein Wohnungsmarkt, auf dem Normalverdiener kaum noch eine Chance haben. Eine Stadt, die ihr Versprechen von sozialer Mischung und Offenheit zu verlieren droht.

Die CDU-Fraktion sagt klar: Damit ist Schluss!

Wir stehen für eine Politik der Vernunft und der Tatkraft. Wir machen keine ideologischen Experimente – wir lösen Probleme. Unser Kurs heißt: **kluge Förderung statt Zwang, bauen statt blockieren, anpacken statt ankündigen**.

Unsere Maßnahmen – für die Menschen in Berlin

- Mietpreisbremse konsequent durchsetzen:** Wir haben die Mietpreisprüfstelle eingerichtet. Sie sorgt dafür, dass Wucher nicht länger folgenlos bleibt.
- Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau:** Wir stellen sicher, dass jährlich tausende neue Sozialwohnungen entstehen können. 2024 bereits über 5000. Allein 2025 fließen dafür rund **eine Milliarde Euro** – und für



Mehr bezahlbare Wohnungen entlasten Berlins Mieter Foto: IMAGO/Funke Foto Services

2026 und 2027 sind bereits jeweils eine weitere Milliarde eingeplant. Damit wächst der Etat der Stadtentwicklungsverwaltung fast auf das Doppelte.

- Wohnungsneubauturbo nutzen:** Mit der neuen Bundesregelung können wir endlich schneller bauen. Und wir wissen genau, wo: auf den vielen **Industriebrachen** Berlins. Dort entstehen ganz neue Quartiere – ohne die Lebensqualität in den gewachsenen Kiezen zu zerstören.

Stärksten bestehen. Berlin muss Heimat für alle bleiben.

Mit der CDU wird angepackt, gebaut und bezahlbar gemacht – **für ein sicheres und bezahlbares Zuhause in unserer Stadt!**



Dirk Stettner
Fraktions-
vorsitzender
Foto: Yves
Sucksdorff

Unsere Botschaft ist klar:

Berlin braucht keine neuen linken Träume von Deckeln und Verboten. Berlin braucht Wohnungen, die wirklich gebaut werden. Wir kämpfen dafür, dass sich auch morgen noch Rentner in Marzahn, Familien in Tempelhof oder Studierende in Charlottenburg ihre Wohnung leisten können.

Berlin darf keine Stadt werden, in der nur die

Camping- bebau- ung	Rück- schlag beim Tennis	be- stimmter Artikel	berl.: Mut:	amerik. Gelände- wagen	Hoch- gebirge in Europa	Tru- henne	Fußball- klub aus Berlin	Brauch, Sitte (lat.)	dreist, unver- schämmt	Wort des Ein- wandes	spon. Maler (Salvador) † 1989	Prüfung	Lousbub bei Wilhelm Busch	Schwert- lilie	Reise- weg	spanisch: Meer	berl.: langer Mensch	Anzeige der Uhr
Fest- landmas- se, Kon- tinent																		
Inhalts- losigkeit					Ausruf des Ekels Spree- Zufluss													
				1														
täu- schende Nach- bildung	binden- der Auftrag	Hauptraum des römischen Hauses		Gebirge in Süd- amerika														
Fleisch- spelse							Gelege		Leben, Existenz									
Alters- ruhegeld	berl.: berügen			dreist, flott Gefahr im Gebirge														
Figur in „My Fair Lady“																		
getrock- net, Gras- (Vieh- futter)																		
ugs.: unnützer Kram	Ver- langen, Wunsch	Körper- bau- lehrer																
bereit- willig																		
nor- dische Hirsch- art	Sing- vogel																	
Jünger, Verräter Jesu	Trauben- ernte																	
Winter- sport- gerät	Gondel am Ballon																	
Region in Italien																		
skand. Münze	barsch, schroff																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11								

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Parlament stärkt Chancengleichheit und Finanzierung von Freien Schulen

In Berlin gibt es aktuell 170 Schulen in freier Trägerschaft mit rund 42.000 Schülern



Der Berliner Senat hat eine umfassende Reform der Schulen in freier Trägerschaft beschlossen, die jetzt im Abgeordnetenhaus beraten wird. Ziel ist es, die Finanzierung transparenter zu gestalten, Familien zu entlasten und die Chancengleichheit zu verbessern.

Ev. Schule Berlin Mitte, eine von 170 freien Schulen in Berlin

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt das Vorhaben.

In Berlin gibt es derzeit rund 170 Schulen in freier Trägerschaft, an denen etwa 42.000 Kinder unterrichtet werden. Jeder achtte Schüler in Berlin besucht somit eine Schule in freier Trägerschaft –

doch bislang standen sie oft unter finanziellem Druck.

Zuschüsse kommen früher

Bislang mussten neue Schulen bis zu fünf Jahre warten, bis sie staatliche Zuschüsse erhielten. Künftig sollen diese bereits nach zwei Jahren fließen. Besonders für kleine Träger bedeutet das eine deutlich bessere Planbarkeit.

Auch berufliche Schulen sollen profitieren: Die bisherige Begrenzung der Zuschüsse allein auf Personalkosten wird aufgehoben, sodass künftig auch andere Kosten stärker abgedeckt werden.

Mehr Unterstützung bei Förderbedarf

Die Reform legt ebenso besonderen Wert auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Für Schüler mit den Schwerpunkten Autismus, Sehen oder Hören werden die Zuschüsse erhöht. Neu ist zudem, dass auch allgemeine Schulen zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie Kinder mit Förderbedarf aufnehmen.

Einheitliche Schulgeldtabelle

Um sicherzustellen, dass die Wahl einer Privatschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängt, wird eine verbind-

liche Schulgeldtabelle eingeführt. Sie legt einkommensabhängige Obergrenzen fest und soll vor allem Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten. So sollen auch Familien mit einem Bruttojahreseinkommen von bis zu rund 81.000 Euro profitieren.

Verlässliche Planung

Die Finanzierung soll künftig transparenter werden: Die Personalkostensätze, auf deren Basis Zuschüsse berechnet werden, veröffentlicht die Finanzverwaltung künftig frühzeitig. Das verschafft den Trägern mehr Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen.

Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit

Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sprach von einem „klaren Signal der Verlässlichkeit und Gerechtigkeit“. Schulen in freier Trägerschaft erhalten so die Anerkennung, die ihrem Beitrag zum Berliner Bildungssystem entsprechen.

Das Abgeordnetenhaus wird den Entwurf in den kommenden Wochen beraten. Sollte das Gesetz in dieser Form beschlossen werden, könnte es schon bald spürbare Verbesserungen für Träger, Familien und Kinder bringen.

Start der Daten-erhebung für den Mietspiegel

Berlin hat im September mit der Datenerhebung für den neuen qualifizierten Mietspiegel 2026 begonnen. Dafür werden zehntausende Mietrinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter befragt. Der Mietspiegel ist ein zentrales Instrument für den Berliner Wohnungsmarkt: Er schafft Transparenz über das tatsächliche Mietniveau, bietet Schutz vor überhöhten Forderungen und sorgt zugleich für Rechtssicherheit bei Mietanpassungen.

Die CDU-Fraktion bittet alle Angeschriebenen, sich an der Befragung zu beteiligen. Denn nur mit einer breiten Datengrundlage entsteht ein realistisches Bild der Berliner Mietensituation – als verlässliche Basis für mehr Fairness und Rechtssicherheit auf dem Wohnungsmarkt.



Faire Mieten dank des Mietspiegels

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Mehr Zeit für Bildung in Berliner Kindergärten

Bei unter Dreijährigen werden mehr Erzieher pro Gruppe eingesetzt

Berliner Kinder bekommen mehr Aufmerksamkeit, eine bessere Betreuung und mehr Zeit für Bildung: 2026 wird die Zahl der Kita-Kinder unter drei Jahren je Erzieher um ein Kind abgesenkt.

Das bedeutet: Ab August nächsten Jahres wird im Schnitt die Zahl der Kinder je Fachkraft rechnerisch auf dann nur noch 4,1 Jungen und Mädchen abgesenkt. Erzieherinnen und Erzieher werden damit entlastet; unter Dreijährige bekommen auf diese Weise mehr Aufmerksamkeit.

Trotz angespannter Haushaltsslage wird damit umgesetzt, was die CDU-Fraktion lange gefordert hatte: angesichts sinkender Kita-Kinderzahlen zu einem verbesserten Betreuungsschlüssel zu kommen, die Erzieherstellen zu erhalten. Sonst hätten bis zu 2400 Vollzeitstellen gestrichen werden müssen.

318 Mio.

Investitionen bis 2027 verbessern den Betreuungsschlüssel und erhalten Erzieherstellen

Gut angelegte Gelder

Die Investitionen von 125 Millionen Euro im kommenden Jahr und weiteren 193 Millionen Euro in 2027 sind gut angelegtes Geld auf dem Weg zum Erwachsenwerden.



Kleinere Kitagruppen: Entlastung für Erzieher, bessere Betreuung für Kinder Foto: istock/StockPlanets

Smarte Anzeigen für flüssigen Radverkehr

Mit VeloFlow entspannt durch die Hauptstadt radeln

Anhalten, warten, wieder antreten – wer mit dem Fahrrad durch Berlin fährt, kennt das Problem: Der Weg von Ampel zu Ampel ist oft ein ständiges Stop-and-Go. Mit dem neuen Projekt VeloFlow soll dem nun entgegengewirkt werden. Digitale Anzeigen sollen Radfahrern künftig helfen, den „Grünen Wellen“ der Stadt zu folgen und Kreuzungen entspannter zu passieren.

Mehr Komfort und weniger Rotlichtverstöße

Die erste sogenannte GLOSA-Anzeige („Green Light

Optimal Speed Advisory“) ist bereits an der Kreuzbergstraße in Betrieb. Etwa 200 Meter vor der Ampel informiert ein LED-Display, ob es sich lohnt, das Tempo anzupassen, um die nächste Grünphase zu erwischen. Wer mit rund 20 km/h unterwegs ist, kann so oft ohne Halt durchfahren.

Das Ziel ist klar: weniger abruptes Anhalten, weniger Rotlichtverstöße, dafür mehr Sicherheit und Komfort.

Technik im Hintergrund

Herzstück des Systems sind sogenannte Roadside Units,



Grüne Welle für Radler

Foto: CDU-Fraktion/ Patrick Liesener

kleine Kästen, die an den Ampeln montiert sind. Sie erfassen in Echtzeit die Schaltung der Signalanlage und übertragen die Daten drahtlos an die Anzeigen für Radfahrer. So sollen zuverlässige und präzise Informationen entstehen – unabhängig von Tageszeit oder Verkehrsaufkommen.

Pilotprojekt an mehreren Standorten

VeloFlow startet zunächst als Pilotprojekt. Neben der Kreuzbergstraße sind weitere Korridore vorgesehen, darunter die Invalidenstraße (zehn

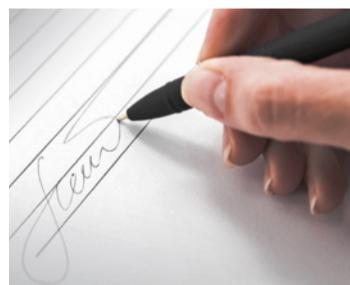
Anzeigen) sowie die Stargarder Straße und Schönhauser Allee (neun Anzeigen). Auch in der Handjerystraße und an der Prinzregentenstraße werden Systeme installiert.

Digitaler Rückenwind für Berlins Radfahrer

Ob das Projekt auch in großem Maßstab funktioniert, wird die Pilotphase zeigen. Für die vielen Berlinerinnen und Berliner, die täglich auf zwei Rädern unterwegs sind, könnte es jedenfalls der Beginn eines deutlich entspannteren Alltags werden.

Unterschriften für Olympia

„Die Spiele für Berlin“: Unter diesem Motto sammelt der Landessportbund (LSB) Unterschriften für die Olympia-Bewerbung. Bis Jahresende sollen mindestens 20.000 zusammenkommen, die Unterstützung aus vielen Vereinen ist groß. Unterschreiben können alle Berliner ab 16 Jahren: Rückenwind für die deutsche Sport-Hauptstadt. Der DOSB entscheidet im Herbst 2026 über die deutsche Bewerbung.



Unterschreiben für Olympia
Foto: IMAGO/imagebroker



Bundesverfassungsgericht bestätigt rbb-Staatsvertrag

CDU-Fraktion Berlin fordert konsequente Umsetzung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Reform des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) bestätigt. Damit sind die Änderungen des rbb-Staatsvertrags, die Anfang 2024 in Kraft traten, rechtlich abgesichert. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt das Urteil ausdrücklich und sieht ihre Linie gestärkt: Der rbb braucht klare Strukturen, mehr Transparenz und eine stärkere regionale Ausrichtung.

Reaktion auf Skandale

Bereits im Dezember 2023 hatten das Abgeordnetenhaus Berlin und der Brandenburger Landtag den neuen Staatsvertrag verabschiedet. Die Reform war eine direkte Reaktion auf die Skandale beim rbb der vergangenen Jahre und sieht unter anderem strengere Sorgfaltspflichten, verbindliche Haftungsregeln und mehr

Kompetenzen für Verwaltungs- und Rundfunkrat vor. Zudem wurde die Leitungsebene verschlankt, das Gehalt der Intendanten gedeckt und die regionale Berichterstattung verbindlich gestärkt.

CDU-Fraktion: Umsetzung muss spürbar sein

Aus Sicht der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus ist das Urteil ein Meilenstein. Es sorge dafür, dass der rbb nun mit klaren Regeln und echter Verantwortlichkeit wieder zu einem glaubwürdigen Sender gemacht werden könnte. Entscheidend sei nun, dass die Reformen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern spürbar umgesetzt werden.

Wer im rbb Verantwortung trägt, müsse künftig auch tatsächlich haftbar gemacht werden können, sagt die CDU-Fraktion. Zudem müsse die

“

Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg.

CDU-Fraktion Berlin



rbb-Zentrale an der Masurenallee
Foto: IMAGO/McPHOTO

Verpflichtung zu mehr Regionalität deutlich sichtbar werden – in den Programmen, in der Berichterstattung und in der Präsenz des rbb in den Regionen Berlins und Brandenburgs.

Vertrauen zurückgewinnen

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg nach Ansicht der CDU-Fraktion frei für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der effizient, transparent und bürgernah arbeitet. „Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg“, heißt es aus der Fraktion.

Damit dürften die Vorstellungen der CDU-Fraktion auch ganz im Sinne der Zuschauerinnen und Zuschauer des Senders sein.

Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe vom **klartext** erscheint Mitte Dezember 2025

Termine

Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: www.kümmer-tour.de.

KÜMMERTOUR BÜRGERDIALOG

15.10. (Mi.) Kümmer-Tour Rummelsburg

Mit der Abgeordneten Lilia Usik für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht zu den Themen: die Situation an der Rummelsburger Bucht, die Grundsteuer und Heizkosten.



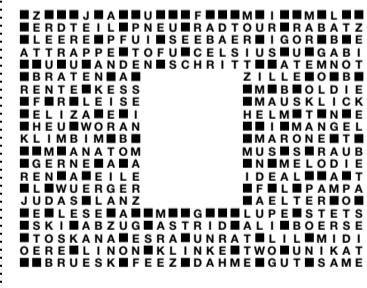
Die Rummelsburger Bucht

Foto: Lilia Usik, MdA

22.10. (Mi.) Kümmer-Tour Schöneberg

Mit der Abgeordneten Katharina Senge für Schöneberg zum Thema: „Die funktionierende Stadt – erreicht oder in weiter Ferne?“

Auflösung Kreuzworträtsel S.6



IMPRESSUM

klartext

Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Telefon: (030) 23 25 21 28
E-Mail: klartext@cdu-fraktion.berlin.de
Website: www.cdu-fraktion.berlin.de

V.I.S.D.P.: Heiko Melzer

Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer

Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer

Druck: A. Beig Druckerei und Verlag

Verteilung: Deutsche Post AG
Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.